

Rückblick Sommersession 2020

Andreas Ott, Fraktionssekretär

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



POSITIV

Keine bedingten Strafen für Vergewaltiger

[16.483 Pa.Iv. Rickli. Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen](#)

Zahlreiche verurteilte Vergewaltiger kommen heute mit einer bedingten Strafe davon, ohne dass sie einen Tag im Gefängnis absitzen müssen. Ein anderer Teil sitzt nur sehr kurze (teilbedingte) Strafen ab. Das will der Nationalrat ändern. Er nahm einen Vorstoss der ehemaligen SVP-Nationalrätin Natalie Rickli an, der das Strafmass bei Vergewaltigung auf mindestens drei Jahre Freiheitsstrafe erhöhen will. Dies hat den Effekt, dass keine bedingte Strafe mehr ausgesprochen werden kann. SP und Grüne, die sich als Verfechter der Frauenrechte aufspielen, stimmten geschlossen dagegen, zusammen mit der GLP. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Kinderehen endlich verbieten

[18.467 Pa.Iv. Rickli. Keine Anerkennung von Kinder- und Minderjährigenehen in der Schweiz](#)
[20.3011 Mo. RK-NR. Kinder- und Minderjährigenehen nicht tolerieren](#)

Jedes Jahr werden hunderte in der Schweiz wohnhafte Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen verheiratet. Meist handelt es sich dabei um Personen aus fremden Kulturkreisen. Zwar gilt in der Schweiz für die Hochzeit das Mindestalter von 18 Jahren, aber viele im Ausland geschlossene Kinderehen werden von unseren Behörden im Nachhinein anerkannt. Damit soll nun endlich Schluss sein. Der Nationalrat stimmte einer Forderung aus der SVP zu, wonach Kinderehen in der Schweiz in jedem Fall ungültig sind. Stimmt auch der Ständerat zu, kann der Kampf gegen diese unmenschliche Praxis endlich konsequent geführt werden.

Nationalbank-Ausschüttung für Tilgung der Corona-Schulden verwenden

[20.3450 Mo. WAK-NR. Bundesanteil der "Ausschüttung" der Schweizerischen Nationalbank für den Abbau der Corona-Schulden einsetzen](#)

Wegen der COVID-19-Pandemie machten Bundesrat und Parlament innert weniger Wochen dutzende Milliarden Franken Schulden. Damit den kommenden Generationen nicht ein riesiger Schuldenberg überlassen wird, soll dieser möglichst schnell abgebaut werden. Deshalb stimmte der Nationalrat einer Motion zu, die den Bundesrat auffordert, die Ausschüttungen der Nationalbank vollumfänglich zur Tilgung der Corona-Schulden zu verwenden.



Entlassungsrente statt Begrenzung der Zuwanderung

[19.051 Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz](#)

Ältere Arbeitnehmende werden wegen des für die Schweiz schädlichen Personenfreizügigkeitsabkommens zunehmend durch billige EU-Ausländer ersetzt. Wegen der Corona-Krise werden wohl noch mehr Unternehmen Lohnkosten sparen und günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland holen. Doch statt mit der Begrenzungsinitiative endlich den Zustrom aus dem Ausland zu begrenzen, haben Bundesrat und Parlament im Eiltempo eine neue Sozialversicherung aus dem Boden gestampft. Mit dieser Entlassungsrente können Unternehmen ältere Schweizer Arbeitnehmende ohne schlechtes Gewissen entlassen. Bei guter Wirtschaftslage rechnete der Bundesrat bereits mit Kosten von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr. Mit der Wirtschaftskrise werden es nun Kosten in Milliardenhöhe sein. Für die SVP ist klar: das Problem muss an der Wurzel gepackt werden - mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative!

Klimawahnsinn: Trotz Krise soll alles noch teurer werden

[17.071 Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020](#)

Wenig überraschend schlug sich in der Totalrevision des CO2-Gesetzes der Linksrutsch der letztjährigen Parlamentswahl nieder. Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO2-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken. Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO2-Gesetz das letzte Wort haben muss.

Parlament verschenkt Milliarden ins Ausland

[20.033 Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-2024](#)

[20.3131 Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe](#)

[20.024 Weltbankgruppe und Afrikanische Entwicklungsbank. Kapitalerhöhung](#)

[20.023 IWF. Beitritt zu den geänderten Neuen Kreditvereinbarungen](#)

Die COVID-19-Krise ist noch lange nicht ausgestanden. Dennoch beschloss das Parlament, Milliarden von Steuerfranken ins Ausland zu verschenken. Allein für die internationale Zusammenarbeit will der Nationalrat bis 2024 über 11 Milliarden Franken ausgeben. Einzig die SVP hinterfragte die Ausgaben für Entwicklungshilfe, die Afrikanische Entwicklungsbank und andere Auslandfantasien. Doch die Kürzungsanträge fanden nicht einmal bei FDP oder CVP Anklang.

Für eine freiheitliche, abendländische Gesellschaftsordnung: Ja zum Burkaverbot

[19.023 Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag](#)

Das Tessin, St. Gallen und mehrere unserer Nachbarstaaten kennen bereits ein Verhüllungsverbot. Es führt zu mehr Sicherheit und zur Durchsetzung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Statt das Verbot auf die ganze Schweiz auszudehnen und der Volksinitiative zuzustimmen, verabschiedeten National- und Ständerat einen Schein-Gegenvorschlag. So soll sich der Bund unter Einsatz von Millionen an Steuerfranken für die Gleichstellung der Frau im In- und Ausland einsetzen.

Ehe für alle und Samenspende für lesbische Paare

[13.468 Ehe für alle](#)

Mit der eingetragenen Partnerschaft sind schwule und lesbische Paare bereits heute in wichtigen Fragen, wie z.B. dem Erbrecht, der traditionellen Ehe zwischen Frau und Mann gleichgestellt. Unter dem Titel «Ehe für alle» will Links mit Unterstützung von GLP und FDP nun aber die Institution der Ehe auch für Homosexuelle öffnen. So sollen lesbische Paare nach dem Willen des Nationalrats Zugang zu Samenspenden erhalten und später soll Homosexuellen auch die Adoption von Kindern gewährt werden. Im Nationalrat stimmte die SVP gegen die «Ehe für alle». Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Sündenfall: Parlament mischt sich in private Mietverträge ein

[20.3451. Mo. WAK-NR. Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden](#)

[20.3460 Mo. WAK-SR. Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden](#)

Die COVID-19-Pandemie bringt viele Unternehmen in enorme Schwierigkeiten. Während die Kurzarbeitsentschädigung die Löhne der Angestellten übernimmt, wäre bei den Geschäftsmieten eine Einigung zwischen Vermieter und Mieter notwendig. Eine solche Einigung liegt in beidseitigem Interesse, da sich die Vermieter in einer Krise nicht leisten können, dass ihre Mieter Konkurs gehen. Dennoch mischte sich das Parlament gegen den Willen der SVP in die privaten Mietverträge ein. So sollen geschäftliche Mieter, die wegen der Corona-Massnahmen schliessen mussten, nur noch 40% der Mieten bezahlen müssen. Links-Grün und der CVP war es egal, dass es für diese Massnahme keine Verfassungsgrundlage gibt, es gegen die Eigentumsgarantie verstösst und die Umsetzung noch einige Monate in Anspruch nehmen wird. Währenddessen will sich natürlich niemand mehr gütlich einigen wollen und so gibt es am Ende nur Verlierer.

Weitere 15 Milliarden für Corona-Krise

[20.042 Voranschlag 2020. Nachtrag IIa](#)

Nachdem das Parlament in der ausserordentlichen Session im Mai bereits über 55 Milliarden Franken bewilligte zur Bewältigung der Corona-Krise, bewilligte es nun nochmals 15 Milliarden Franken. Neben einem Kredit für die Arbeitslosenversicherung wird auch der Profisport unterstützt und die Auslandhilfe weiter aufgestockt. Nur die SVP wehrte sich gegen die fahrlässigen Auslandszahlungen in dieser unsicheren Zeit.

Industriezölle bleiben

[19.076 Zolltarifgesetz. Änderung \(Aufhebung der Industriezölle\)](#)

Mit der Abschaffung der Industriezölle wollte der Bundesrat etwas gegen die Hochpreisinsel Schweiz unternehmen und die Wirtschaft entlasten. Der Nationalrat lehnt das aber ab. Für die Mehrheit überwogen die Nachteile. Die SVP war gespalten: Die Befürworter der Abschaffung sprachen von einer wichtigen Entlastung der Wirtschaft in Krisenzeiten, für die Gegner würden mit der einseitigen Abschaffung der Zölle wichtige Trümpfe bei der Aushandlung neuer Freihandelsverträge aus der Hand gegeben.

AUSLÄNDER- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Direktimport von Migranten

[20.3143 Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens](#)

Die Corona-Krise hatte einen positiven Nebeneffekt: Die Schweizer Landesgrenzen wurden endlich wieder kontrolliert und Asylbewerber, die sich in einem sicheren Nachbarland befanden, wurden an der Grenze abgewiesen. Doch nun will Mitte-Links die Migranten einfach direkt in die Schweiz einfliegen. Und so genehmigte der Nationalrat gegen den Willen der SVP eine Motion, welche die Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingslagern fordert. Mit dem Geld, was diese Personen unseren Staat kosten werden, hätte vor Ort viel mehr Menschen geholfen und der Zustand der Flüchtlingslager verbessert werden können.

AUSSENPOLITIK

Fatales EU-Rahmenabkommen bleibt auf der politischen Agenda

[19.078 Legislaturplanung 2019-2023](#)

Zu Beginn einer Legislatur genehmigt das Parlament die Planung des Bundesrates für die kommenden vier Jahre. Obwohl diese nicht verbindlich ist, gibt sie Aufschluss über die politischen Prioritäten. Eine der vorgeschlagenen Massnahmen ist die Verabschiedung der Botschaft zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Die SVP verlangte vergeblich, den Passus zu streichen. Und so zeigt sich, dass die Mehrheit des Parlaments dieses für die Unabhängigkeit der Schweiz absolut fatale Abkommen wohl bald genehmigen wird und die geäusserten Vorbehalte nur eine Maskerade sind.

STAATSPOLITIK

Politischer Kuhhandel bleibt

[18.436 Pa.Iv. Minder. Erlasse der Bundesversammlung. Wahrung der Einheit der Materie](#)

Volksinitiativen müssen das sogenannte Kriterium der «Einheit der Materie» erfüllen. Das heisst so viel, als dass eine Vorlage nur ein eng abgegrenztes Thema umfassen darf, damit die Stimmbürger entweder klar Ja oder Nein sagen können. Der Ständerat lehnte nun aber einen Vorstoss aus der SVP ab, der wollte, dass auch das Parlament sich bei seinen Vorlagen daranhalten muss. Und so wird das Parlament auch künftig einen Kuhhandel schliessen und sachfremde Themen miteinander verknüpfen dürfen, wie es das bei der Verknüpfung von Unternehmenssteuern mit der AHV getan hatte.

Sonderprivilegien für Parlamentarier

[16.460 Pa.Iv. Abschaffung der Überbrückungshilfe für Ratsmitglieder](#)

Wahltag ist Zahltag. Wird ein Parlamentarier abgewählt, hat er wie bei einer Kündigung ein Anrecht auf Arbeitslosengeld. Doch daneben gibt es heute noch eine zusätzliche Überbrückungshilfe. Diese können abgewählte und sogar zurückgetretene Parlamentarier beantragen. Eine Initiative aus der SVP wollte dieses Zusatzprivileg abschaffen, da in einem Milizparlament sowieso jeder Parlamentarier noch einem Haupterwerb nachgehen sollte. Nachdem der Nationalrat der Abschaffung zugestimmt hatte, wollen die Ständeräte aber nichts davon wissen. Lediglich die SVP-Vertreter stimmten für die Abschaffung.

Ständerat begräbt Verordnungsveto

[14.422 Pa.Iv. Aeschi. Einführung des Verordnungsvetos](#)

Mit dem Erlass von Verordnungen setzt der Bundesrat Gesetze um und präzisiert diese. Wenn er dabei seinen Entscheidungsspielraum überschreitet, hat das Parlament als Gesetzgeber heute kein griffiges Instrument, um Verordnungen des Bundesrates zu korrigieren. National- und Ständerat sind sich uneins, ob das Parlament – wie von der SVP vorgeschlagen – nun ein

Vetorecht erhalten soll. Der Ständerat versteckt sich hinter der Ausrede, es sei zu kompliziert und hat nun die Vorlage definitiv abgelehnt.

SICHERHEITSPOLITIK

Zivildienstgesetz abgelehnt – Armeebestände in Gefahr

[19.020 Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst. Änderung](#)

Jedes Jahr schleichen tausende Rekruten, Soldaten und Kader der Schweizer Armee aus Bequemlichkeit in den Zivildienst ab. Darum wollte der Bundesrat die Hürden für den Zivildienst erhöhen. Doch in der Schlussabstimmung lehnte der nach links gerückte Nationalrat mit Unterstützung der GLP die Gesetzesänderung überraschend ab. Damit gefährdet er die personellen Bestände der Schweizer Armee (bald könnten 30'000 Soldaten fehlen!), die während der COVID-19-Krise ihre Notwendigkeit unter Beweis stellen konnte, und lässt die Wehrpflicht zu einem Witz verkommen.

Ständerat stimmt verschärften Einreiseregeln im Schengen-Raum zu

[20.027 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem \(ETIAS\)](#)

Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum, zu dem auch die Schweiz gehört. Der Ständerat hat nun der Schaffung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (Etiäs) zugestimmt. Damit müssen Staatsbürger von Drittstaaten, die kein Visum benötigen, sich künftig auf einer Internetseite registrieren, bevor sie in die Schweiz oder den Schengen-Raum reisen. Das ist vergleichbar mit der Registrierung, wenn Schweizer in die USA reisen wollen.

Schweizer Munitionsfabrik wird verscherbelt

[19.4468 Mo. Salzmann. Kein Verkauf der Ruag Ammotec. Versorgungssicherheit gewährleisten](#)

Die Corona-Krise zeigte, wie schnell die weltweiten Lieferketten zusammenbrechen können. Dies trüfe bei einer handfesten Krise ganz besonders auf die Versorgung der Sicherheitskräfte mit Munition zu. Nicht umsonst unterhielt die Schweiz mit der RUAG bundeseigene Munitionsfabriken. Nun will der Bund die Ruag Ammotec aber verkaufen und riskiert nicht nur wichtige Arbeitsplätze in der Schweiz zu verlieren, sondern er setzt auch die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Munition aufs Spiel. Dennoch lehnte der Ständerat einen Vorstoss aus der SVP ab, der diesen Verkauf unterbinden wollte.

Angriff gegen Industriestandort Schweiz abgewehrt

[19.038 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative](#)

Die linke Initiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Konkret dürften die Nationalbank (SNB) oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Unternehmen nicht mehr finanzieren dürfen, wenn diese mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Nach dem Nationalrat entschied auch der Ständerat, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Auch einen indirekten Gegenvorschlag will der Ständerat nicht.

Unendliche Geschichte: Kosovo-Einsatz der Armee erneut verlängert

[19.082 Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes](#)

Die Swisscoy bleibt mindestens bis Ende 2023 im Kosovo. National- und Ständerat haben der Verlängerung und auch der vom Bundesrat beantragten Erhöhung des Bestandes von zurzeit 165 auf 195 Armeeingehörige zugestimmt. Die SVP argumentierte vergeblich, der Swisscoy-Einsatz dürfe nicht zu einem Dauerauftrag werden und müsse nach zwanzig Jahren beendet werden. Und obwohl Aufgaben aus den Bereichen Unterhalt oder Gastronomie an lokale Fachleute vergeben werden könnten, lehnten beide Räte den SVP-Antrag für die Belassung der Obergrenze bei 165 Soldaten ab.

Ständerat begrüsst Aufstockung des Armeebudgets

[20.031 Armeebotschaft 2020](#)

Der Ständerat genehmigte rund 2,7 Milliarden Franken für Armeematerial, Rüstungsgüter und Immobilien sowie total 21,1 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre. Investiert wird namentlich in folgende Bereiche: Krisenresistente Telekommunikation sowie Modernisierungen der Bodentruppen, insbesondere bei der Katastrophenhilfe und den Schützenpanzern.

In Drogerien, Apotheken und dergleichen gilt künftig Generalverdacht

[19.067 Vorläuferstoffgesetz](#)

Privatpersonen sollen weniger leicht Zugang haben zu Chemikalien, aus denen sich Bomben herstellen lassen. Statt konsequent gegen terroristische Gefährder vorzugehen folgt der Ständerat der EU und hat Gesetzesbestimmungen gutgeheissen, die für den Kauf von bestimmten Substanzen eine Bewilligung vorschreiben.

Nationalrat ergreift Massnahmen gegen Terrorismus

[18.071 Terrorismus und organisierte Kriminalität. Übereinkommen des Europarates](#)

[19.032 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz](#)

Zur Bekämpfung des Terrorismus hat der Bundesrat dem Parlament zwei Gesetzesvorlagen vorgelegt. Die eine soll die Verfolgung terroristischer Straftaten erleichtern, die andere sieht präventive Massnahmen vor.

Neu werden das Anwerben, die Ausbildung und Reisen im Hinblick auf einen Terrorakt unter Strafe gestellt. Die Beteiligung an einer terroristischen Organisation wird auf die gleiche Stufe gestellt wie die Beteiligung an einer kriminellen Organisation, die Höchststrafe beträgt in beiden Fällen zehn Jahre. Die Gesetzesänderung schafft auch eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Ermittlungsgruppen. Zudem sollen die Schweizer Behörden unter bestimmten Bedingungen Informationen vorzeitig an ausländische Behörden übermitteln können. Dank des raschen Informationsflusses sollen schwere Straftaten verhindert werden können.

Anders als die Verschärfung des Strafrechts zielen die präventiven polizeilichen Massnahmen auf sogenannte Gefährder. Als Gefährder gelten Personen, wenn aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie eine terroristische Aktivität ausüben werden. Wenn therapeutische oder integrative Massnahmen nicht anschlagen, soll das Bundesamt für Polizei (Fedpol) gegen sie eine Melde- oder Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbote, Rayonverbote, Hausarrest oder Ausreiseverbote verhängen dürfen. Die SVP wollte zusätzlich eine Präventivhaft beantragen. In der vorberatenden Kommission hatte diese Idee noch eine Mehrheit, aber in der öffentlichen Behandlung versagte die FDP die Unterstützung wegen Zweifel an der Vereinbarkeit mit der EMRK, die offenbar wichtiger scheint, als die Verhinderung grauenhafter Terroranschläge in der Schweiz.

RECHTSFRAGEN

Bauern werden bei Enteignungen besser entschädigt

[18.057 Bundesgesetz über die Enteignung. Änderung](#)

Besitzer von landwirtschaftlichem Kulturland sollen bei der Enteignung ihres Landes künftig das Dreifache des geschätzten Höchstwerts erhalten. Damit soll ein entstehender Schaden abgegolten werden. Die Gesetzesänderung wurde von beiden Räten angenommen.

Keine schikanöse, automatische Überwachung von Autofahrern

[17.3893 Mo. Guhl. Die Polizei muss wissen, welchen Personen der Führerausweis entzogen wurde](#)

Der Ständerat schickte mit Unterstützung der SVP einen Vorstoss aus der BDP bachab, der einen automatisierten Abgleich der Kontrollschilder mit der Datenbank der Führerausweiszüge ermöglicht hätte. Aber das Fahrzeug allein erlaubt noch keinen Rückschluss auf die Lenkerin oder den Lenker. Gerade innerhalb von Familien und mit der Zunahme von Carsharing-Modellen, bei denen die Halterin oder der Halter des Fahrzeugs und die Fahrerin oder der

Fahrer nicht übereinstimmen, würde dies zu vielen Fehlalarmen und vergeblichem Ausrücken der Polizeikräfte führen.

Indirekter Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative verabschiedet

[16.077 OR. Aktienrecht](#)

Bundesrat, Ständerat und Nationalrat empfehlen die extreme Konzernverantwortungs-Initiative zur Ablehnung. Das Parlament hat zudem einem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt. Dieser schafft strengere Vorgaben für Unternehmen zur Respektierung von Menschenrechten und Umwelt in der Lieferkette, schützt die Unternehmen aber vor missbräuchlichen und erpresserischen Klagen. Die SVP stimmte am Ende zähneknirschend für den indirekten Gegenvorschlag, da der Volksinitiative gute Chancen zugestanden werden, deren Annahme aber verheerend für den Wirtschaftsstandort Schweiz wäre.

Frauenquoten nun definitiv verabschiedet

[16.077 OR. Aktienrecht](#)

Die Änderung des Aktienrechts, das Geschlechterrichtwerte für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen bringt, wurde von beiden Räten angenommen. Seit Monaten setzten sich National- und Ständeräte mit technischen Bestimmungen auseinander, nachdem die Frauenquoten bereits vor zwei Jahren trotz bürgerlicher Mehrheiten angenommen worden war. In der Schlussabstimmung hielt nur noch die SVP dagegen.

Ständerat verschärft Strafrecht

[18.043 Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht](#)

Der jahrelange Druck der SVP auf die Kuscheljustiz zeigt endlich Wirkung: Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen. Im Visier hat er insbesondere Randalierer, die bei Ausschreitungen Polizisten, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Geldstrafen sollen nur noch in leichten Fällen möglich sein, in der Regel muss eine Freiheitsstrafe ausgesprochen werden. Eine weitere Änderung des Strafrechts betrifft die schwere Körperverletzung. Die Mindeststrafe wird von sechs Monaten auf ein Jahr Freiheitsstrafe angehoben. Insgesamt sollen weniger bedingte Strafen ausgesprochen werden.

Arbeitsverweigerung: Ständerat will Mietnomaden weiter schützen

[16.405 Pa.Iv. Hess. Vernetzung sämtlicher Betreibungsregister](#)

Je nach Kanton führt teilweise noch immer jede Gemeinde ein eigenes, separat geführtes Betreibungsregister. In der heutigen Zeit, in der die Menschen viel mehr umziehen, sind daher Betreibungsregisterauszüge oft nicht mehr viel wert. Zu spüren bekommen das insbesondere Vermieter von Wohnliegenschaften, die dann auf den ausstehenden Mieten und oft noch Gerümpel von Mietnomaden sitzen bleiben. Nachdem der Nationalrat 2019 einer Vernetzung der Betreibungsregister zugestimmt hatte, lehnt dies der Ständerat trotz Intervention der SVP ab, mit der lapidaren Begründung, eine Vernetzung sei zu komplex.

Heute noch ein Mann, morgen bereits eine Frau

[19.081 ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#)

Unglaublich, aber wahr: Wer künftig sein Geschlecht wechseln will, kann dies einfach auf dem Zivilstandsamt melden. Operative Eingriffe oder Hormontherapien – also eine effektive Geschlechtsumwandlung – sollen nicht mehr notwendig sein, wenn es nach dem Ständerat geht. Die Befürchtungen der SVP in den Bereichen Rentenalter, Wehpflicht und Spitzensport wurden einfach nicht beachtet. Und so waren es am Ende leider auch nur die SVP-Ständeräte, die diesen Irrsinn ablehnten.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Weg frei für COVID-Tracing App

[20.040 Dringliche Änderung des Epidemiengesetzes angesichts der COVID-19-Krise \(Proximity-Tracing-System\)](#)

Um eine zweite Corona-Welle bzw. einen erneuten Lockdown zu verhindern, ist es notwendig, die Infektionsketten nachverfolgen zu können. Dies wird einerseits mittels manueller Nachverfolgung in den Kantonen sichergestellt. Zudem hat das Parlament nun die gesetzliche Grundlage verabschiedet, damit der Bund die App für Mobiltelefone vorantreiben darf. Die Daten sind anonymisiert, verlassen das Mobiltelefon des Benutzers nicht und die Nutzung muss in jedem Fall freiwillig bleiben.

Negativzinsen der Nationalbank in die AHV

[18.4327 Mo. Heer Negativzinsen der SNB in die AHV](#)

Erfolg für die SVP. Die Negativzinsen der Nationalbank kommen einer Enteignung gleich, da Sparguthaben an Wert verlieren, statt Zinsen für den Sparer abzuwerfen. Dieser Gewinn der Nationalbank soll darum wieder dem Volk zugutekommen, indem damit die AVH finanziert wird. Der Nationalrat nahm einen entsprechenden Vorstoss der SVP an. Dieser geht nun in den Ständerat.

Konzeptloses Sparpaket abgesegnet

[19.046 Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung \(Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1\)](#)

Der Nationalrat hat die Debatte über Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten aufgenommen. Es handelt sich um den ersten Teil des Massnahmenpakets, mit dem mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr gespart werden sollen. Die Aufteilung erschwert allerdings die so wichtige Gesamtbeurteilung. Es fehlt ein Konzept und heisse Eisen wie die Mehrfachrolle der Kantone oder der Vertragszwang wurden nicht angepackt. Darum wollte die SVP erst gar nicht darauf eintreten.

Nationalrat genehmigt Quasi-Legalisierung von Cannabis

[19.021 Betäubungsmittelgesetz. Änderung](#)

Der Nationalrat hat die Details für sogenannte Studien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe genehmigt, nichts anderes als eine Quasi-Legalisierung. Anträge der SVP für höhere Hürden fielen dabei durch. So ist der Nationalrat dagegen, dass Arbeitgeber und Schulen über eine Studienteilnahme informiert werden müssen.

BILDUNGSPOLITIK

Ständerat bewilligt über 28 Milliarden für Bildung und Forschung

[20.028 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024](#)

Über 28 Milliarden Franken will der Ständerat in den nächsten vier Jahren für Bildung und Forschung bereitstellen, 188 Millionen Franken mehr als der Bundesrat. Die SVP beantragte vergeblich, angesichts der Corona-Krise auf die Erhöhung des Kredits zu verzichten. Die anderen Parteien glauben offenbar noch immer an die Devise: Je mehr, je besser.

VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND MEDIEN

Corona wird missbraucht: Hunderte von Millionen für Medienförderung

[20.038 Massnahmenpaket zugunsten der Medien](#)

Die Corona-Krise wird zum Anlass genommen, neue Kässeli zu öffnen, die vor Jahren noch undenkbar gewesen wären und über keine Verfassungsgrundlage verfügen. Die Medienbranche darf darum auf mehr staatliche Gelder hoffen. Der Ständerat hat ein Massnahmenpaket in Höhe von jährlich 150 Millionen Franken verabschiedet. Die Zeitungsverleger profitieren. Eine Ausdehnung der Förderung auf die Online-Medien wurde aber mit Hilfe der SVP

torpediert. Weil der Ständerat die Ausgabenbremse bei diesem Teil der Vorlage nicht löste, ist die Förderung faktisch abgelehnt.

Ungerechtfertigte Mehrwertsteuer auf Billag-Gebühren zurückbezahlen

[19.077 Pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen. Bundesgesetz](#)

Der Bund hatte die Mehrwertsteuer auf den Radio- und Fernsehempfangsgebühren jahrelang ohne Rechtsgrundlage erhoben. Nun sollen die Haushalte eine pauschale Vergütung von 50 Franken erhalten. Das war in der kleinen Kammer unbestritten. Der Ständerat will aber im Gegensatz zum Bundesrat, dass auch Unternehmen einen Rückforderungsanspruch erhalten, wenn sie Gebühren für den gewerblichen oder kommerziellen Empfang bezahlt haben und keinen Vorsteuerabzug vorgenommen haben.

Parlament will mehr Geld für die Förderung der Verlagerung auf die Schiene

[19.064 Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs. Änderung](#)

Das Parlament will für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs deutlich mehr Geld ausgeben als der Bundesrat. Es entschied, anstatt 90 Millionen 385 Millionen Franken auszugeben und die Förderzeit zu verlängern. Mit den Massnahmen soll das Verlagerungsziel von 650'000 alpenquerenden Fahrten näher kommen. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Alpen auf knapp 900'000. Das gesetzliche Ziel wurde aber weiterhin klar verfehlt.

NEAT-Zulaufstrecke via Belgien-Frankreich

[20.3003 Mo. KVF-NR. Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke](#)

Mit der NEAT-Zulaufstrecke in Deutschland geht es seit Jahren nicht vorwärts. Und der Streckenunterbruch im Jahre 2017 zeigte, wie abhängig die Versorgung der Schweiz von der verletzlichen deutschen Bahninfrastruktur ist. Deshalb gab nun auch der Ständerat dem Bundesrat den Auftrag, unverzüglich die politische Initiative zu ergreifen, um mittels eines Staatsvertrags mit Frankreich und Belgien eine leistungsfähige linksrheinische Alternativroute (Flachbahn) mit den notwendigen Infrastrukturparametern für den Güterverkehr (2000 t Zuglast, 750 m Zuglänge und 4m Eckhöhe) zu realisieren.

UMWELTPOLITIK

Keine obligatorische Videoüberwachung in Schlachtbetrieben

[20.3023 Mo. Jositsch Einführung obligatorischer Videoüberwachungen in Schlachtbetrieben](#)

Ein Vorstoss aus der SP wollte, dass alle Schlachtungen von Tieren mit Video überwacht werden müssen, um allfällige Verstösse gegen den Tierschutz feststellen zu können. Der Ständerat lehnte es jedoch mit grosser Mehrheit ab, einfach alle Metzger unter Generalverdacht zu stellen.

Parlament geht gegen Littering vor

[19.4100 Mo. Bourgeois. Wirksame Massnahmen gegen Littering](#)

Leider kommt es häufig vor, dass Kühe oder andere Tiere leiden müssen, weil sie achtlos weggeworfene Aludosen oder andere Abfälle verschlucken. Das Parlament beauftragt nun den Bundesrat, Massnahmen vorzulegen, um insbesondere auch im ländlichen Raum das zunehmende Littering zu bekämpfen.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.3567](#) Mo. Fraktion V. Aufgaben- und Ausgabenmoratorium während 5 Jahren

[20.440](#) Pa.Iv. Fraktion V. Stopp der ALV-Zwangsabgabe für Selbständigerwerbende

Geschäftsnummer folgt. Mo. Fraktion V. Entschädigung der Selbständigerwerbenden aufgrund der COVID-19-Massnahmen

Geschäftsnummer folgt. Mo. Fraktion V. Risikogerechte Beiträge an die Arbeitslosenversicherung (ALV)

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)